

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 11. September 2017 um 16:08 Uhr

**Es geht um den Pflegefachkräftemangel:
Pflegeeinrichtungen aus Hameln, Schaumburg und Hildesheim gründen
Arbeitsgemeinschaft
„15 nach 12“**



Montag 11. September 2017 - Hameln (wbn). **Wie geht es weiter in Sachen Pflegefachkräftemangel im Weserbergland? Nach Einschätzung von Einrichtungen aus der Region ist es längst nicht mehr „fünf vor zwölf“, sondern so spät, dass nun in der Hamelner Julius-Tönebön-Stiftung die Arbeitsgemeinschaft (AG) „15 nach 12“ gegründet worden ist.**

Die Gründungsmitglieder Angelika Rudolf, Einrichtungsleiterin der Julius-Tönebön-Stiftung, Ingo Peters, Heimleiter der Scharnhorst Residenz sowie Jens-Peter Berndt, geschäftsführender Gesellschafter der medicus-Unternehmensgruppe wollen den Pflegekräftemangel thematisieren, der die Branche so „eiskalt erwischt“ habe, und sich außerdem für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen.

(Zum Bild: Die Gründungsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft „15 nach 12“ (v. l. n. r.): Ingo Peters, Heimleiter der Scharnhorst Residenz in Hameln sowie der Pflegeeinrichtung im Zentrum in Bad Nenndorf, Angelika Rudolf, Einrichtungsleiterin der Julius-Tönebön-Stiftung in Hameln und Jens-Peter Berndt, geschäftsführender Gesellschafter der medicus-Unternehmensgruppe. Foto: Arbeitsgemeinschaft „15 nach 12“)

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 11. September 2017 um 16:08 Uhr

Fortsetzung von Seite 1

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich nach eigenen Angaben mehrere Ziele gesetzt. Zum einen werde mehr Personal benötigt. „Das erreicht man aber nur über die Erhöhung der Gehälter und eine Flexibilisierung der Fachkraftquote, die grundsätzlich nicht in Frage gestellt wird, aber nicht mehr zu halten ist“, heißt es in einer Mitteilung des Zusammenschlusses. Die Arbeit verteile sich durch nicht besetzte Stellen auf weniger Köpfe. Eine Überbelastung ist nach Einschätzung der AG-Mitglieder „vorprogrammiert“ und ziehe hohe Krankenstände nach sich. Freie Stellen könnten schlichtweg nicht mehr nachbesetzt werden. Der Einsatz von Fachkraft-Leiharbeitern helfe nur punktuell, von Tag zu Tag.

Wohin mit neuen Pflegebedürftigen, wenn es kein Personal gibt?

Das Resultat des Fachkräftemangels: Es können keine neuen Pflegebedürftigen aufgenommen werden. Wenn auch theoretisch Plätze frei wären, so könnten keine neuen Bewohner aufgenommen werden. Dies lasse die gesetzlich festgelegte Fachkraftquote nicht zu. „Missachtet man diese Vorgabe drohen Bußgelder und behördliche Aufnahmestopps“, schreibt die Arbeitsgemeinschaft weiter. Die gesetzlichen Bestimmungen seien in der jetzigen Form unter der veränderten Personalsituation nicht erfüllbar. Angehörige von Pflegebedürftigen hätten zudem große Probleme für ihre Verwandten einen Pflegeplatz zu bekommen. „Eine wirkliche Auswahl eines geeigneten Pflegeheims haben sie schon lange nicht mehr - im Hinblick auf den demografischen Wandel eine erschreckende Entwicklung“.

Zum anderen will die Arbeitsgemeinschaft den Austausch und das Vertrauen in der Pflegebranche untereinander fördern. Schließlich säßen alle im selben Boot, gibt Peters zu bedenken. Eine Konkurrenz unter den Einrichtungen gäbe es schon lange nicht mehr. Denn kaum einer könne noch alle Plätze belegen. Die 50-Prozent-Fachkraftquote stelle die Einrichtungen im Hinblick auf den Fachkräftemangel vor ein äußerst schwieriges Problem.

Die Gründungsmitglieder wünschen sich zudem, dass sich niedersachsenweit weitere stationäre und ambulante Pflegedienste finden, die an einer Mitarbeit in der AG interessiert sind. Damit werde zum einen der Austausch über Landkreisgrenzen hinweg gestärkt und die Verhandlungsposition gegenüber den Entscheidungsträgern.

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 11. September 2017 um 16:08 Uhr

Pflegedienstleister plagen Existenzängste

Betreiber von Pflegediensten haben Existenzängste. Fachkräftemangel, eine nicht zu erfüllende Fachkraftquote, Minderbelegung der Einrichtung, fehlende Kostendeckung. Eine Kettenreaktion, die bis zur Schließung führen kann. Berndt stellt klar: „Es geht uns nicht darum mehr Geld zu verdienen.“ Stattdessen gehe es darum, den Mitarbeitern bessere Arbeitsbedingungen bieten können, um sich langfristig an das Unternehmen zu binden. In erster Linie müssten dafür mehr Erlöse erzielt werden können. Berndt: „Wir können die Entgelte nicht frei verhandeln. Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste sind an die mit den Kassen verhandelten Entgelte gebunden.“

In anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern werden höhere Entgelte gezahlt, dort sind die verhandelten Pflegesätze mit den Kassen aber auch erheblich höher. Auch der Stellenschlüssel wäre ein anderer. Deshalb wünschen sich die AG-Mitglieder Einheitlichkeit in den Bundesländern. Für die gleiche Arbeit, müsse es auch die gleichen Arbeitsbedingungen geben.

Sollte sich über kurz oder lang nichts ändern, dann drohe der „Kollaps der pflegerischen Versorgung in vollstationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten“, erklärt Rudolf ausdrücklich.“